



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Preußens Politik gegenüber dem deutschen Süden.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Straßburg, da Deutschland seiner selbst vergessen hatte; er giebt es uns heute, in den Tagen der mächtigsten Volkserhebung, zurück als ein Pfand der zu wahrenen Einheit und Kraft. Von den Zinnen Straßburgs weht wieder die deutsche Fahne; anstatt eines „Passes ins Reich“ wird Straßburg, die deutsche Stadt, wieder werden, was sie einst war: die Warte und Grenzhüterin Deutschlands wider den Franzosen.

### Preussens Politik gegenüber dem deutschen Süden.

Aus Süddeutschland, 3. Oct.

Die Reise des Staatsministers Delbrück nach München hat jeden Zweifel an ernstern Verhandlungen über das Verhältniß der Südstaaten zum Nordbunde beseitigt. Zu welchem Resultat aber die Münchener Besprechungen geführt haben, darüber finden wir in nord- wie in süddeutschen Blättern sehr widersprechende Angaben. Es wird daher nicht ohne Werth sein, so viel es im Augenblicke angeht, den Gang dieser wichtigen Angelegenheit fest zu stellen.

Die Politik des Grafen Bismarck in Bezug auf den Süden war vor dem Kriege dahin gegangen, gegen die beiden Königreiche auch nicht den leisesten Druck zu üben oder üben zu lassen. Diese Politik wurde bis zu dem Punkte getrieben, daß, damit man ja in München und Stuttgart nicht sagen könne, Preußen beeinträchtige die vollste Freiheit der Entschlüssen, im Interesse dieser bairischen und württembergischen Selbständigkeit auf den dritten Südstaat mehr als einmal ein ziemlich empfindlicher Druck ausgeübt wurde, ein Verfahren, das, von der eigentlich politischen Substanz abgesehen, an den beiden Königshöfen ein sehr behagliches Gefühl hervorrufen mußte. Gelegentlich gingen die Dinge so weit, daß sie nur aus der in Berlin herrschenden Voraussetzung erklärt werden konnten, die badische Treue könne durch nichts in der Welt erschüttert werden. Und zwar erstreckte sich diese vielleicht beispiellose Schonung nicht allein auf das politische, sondern auch auf das militärische Gebiet. Trotz Allianzverträgen konnte es sich die bairische und württembergische Armeeverwaltung so bequem machen, als es die Kammeropposition gegen Preußen erheischte. Ja, das preußische Entgegenkommen scheint sich nicht einmal darauf beschränkt zu haben, die bairische und württembergische Selbständigkeit ganz unbehindert gewähren zu lassen, sondern eine Weile selbst den Bemühungen um die Aufrichtung eines Südbundes aufrichtig hilfreich gewesen zu sein.

Grenzboten IV. 1870.



Wenn man will, hat diese Politik in der großen Krisis des letzten Juli eine glänzende Rechtfertigung erhalten. Baden that seine Pflicht gerade so gut, als wäre es seit Jahren Mitglied des Nordbundes und in München und Stuttgart wurden die Verträge trotz Demokraten und Ultramontanen gewissenhaft erfüllt. Wie peinlich allerdings an beiden Orten die Entscheidung geschwankt, wie lange Herr von Barmbüler an der Erhaltung gewisser Beziehungen zu Paris gearbeitet, wie die entgegengesetzten Kräfte in München noch am 19. Juli sich die Wage hielten, so daß der französische Gesandte wenige Stunden vor der Kammerabstimmung telegraphiren konnte, Frankreich sei Bayerns sicher, das sind Dinge, über welche die hohe Begeisterung dieser Monate großmüthig hinweg gesehen hat. Gewiß ist Frankreich bei seinen Speculationen auf den Süden im Irrthum gewesen; daß dieselben aber gar keinen Grund gehabt, daß die bairischen „Patrioten“ und die schwäbischen Demokraten und sehr viele vornehme und fromme Herren in beiden Ländern dazu gar keinen Anlaß geboten hätten, wird Niemand behaupten können. Hätte sich die Nachricht, welche amtlich am 17. Juli in Darmstadt verkündigt wurde, die Franzosen ständen in Freiburg, bestätigt, hätte Frankreich gethan, was es nach seiner Einleitung des Krieges durchaus mußte und das Land von Basel bis Rastatt alsbald nach dem 15. Juli occupirt, so wäre wohl manches an den Tag gekommen, was ein günstiges Geschick jetzt uns erspart hat. Thatsache ist: Niemand in Deutschland hat den Lenkern von Bayern und Württemberg damals vorgerückt, daß zum großen Theil ihre frühere Politik den Krieg herbei geführt habe, sondern Jedermann mit der größten Wärme anerkannt, daß sie schließlich auf die deutsche Seite traten. Der glückliche Beginn des Kampfes, die Theilnahme der Bayern und Würtemberger an der Schlacht bei Wörth vermischte die letzten trüben Erinnerungen. Alle früheren Gegensätze schwanden vor den staunenswerthen Früchten der gegenwärtigen Einigkeit.

Nichtsdestoweniger mußten mit den Verhältnissen vertraute Männer frühzeitig die Frage aufwerfen, ob die herrliche militärische Eintracht auch die nothwendige Wirkung auf politischem Gebiet haben werde. Sehr viel länger, als die allgemeine Begeisterung für möglich zu halten geneigt war, fand diese Frage bedenkliche Antwort. Ja, man durfte wohl ernstlich sorgen, ob der gar zu unbedingte Enthusiasmus des Nordens im Süden nicht Präensionen wecken werde, die uns vielleicht um einen erheblichen Theil der Siegesfrucht bringen konnten. Wenn man in norddeutschen Blättern bei Erörterung der Zukunft des Elsaß häufig den Gedanken ausgesprochen fand, jetzt sei der Augenblick zur Belohnung der süddeutschen Treue gekommen, eine Belohnung, die Einzelne in der Weise einzurichten dachten, daß der wirklich Treue zum Vorthail der bis vor wenig Wochen sehr Unzuverlässigen



zerstückelt werden sollte, so wurde man wirklich vor dieser Ueberschwänglichkeit der Gefühlspolitik angst und bange. Glücklicherweise ist dann grade vom Süden aus diese unselige Belohnungstheorie so nachdrücklich und mit so unwiderleglichen Argumenten zurückgewiesen, daß sie in Kurzem völlig aus der öffentlichen Discussion verschwand. Dabei ist sehr zu bemerken, wie wenig die drohende Gefahr diejenigen Kräfte auf dem Platze fand, welche mit der Frage des Elsaß ernste Schwierigkeiten hätten schaffen können. Wir können nicht genug dem Himmel dafür danken, daß diese widerstrebenden Kräfte mit so großer Unfähigkeit geschlagen sind. Ihre Kurzsichtigkeit ist so erstaunlich, daß sie oft den entscheidenden Punkt gar nicht wahrnahmen.

Aber wenn die Frage des Elsaß glücklich vorüberging und damit die Beruhigung gewonnen wurde, daß der süddeutsche Particularismus auch auf politischem Gebiete wesentlich gebrochen sei, so blieb doch immer noch das Problem ungelöst, wie sich die beiden Königreiche in Zukunft zum Norden zu stellen dächten. Ohne das Ereigniß von Sedan hätte dieses Problem vielleicht noch lange geruht. Denn Preußen hielt offenbar auch jetzt noch an dem Grundsatz fest, auf die Königreiche keinerlei Pression zu üben. Aber der Schlag des 2. September machte auch die einst von Napoleon geschaffenen Königskronen erzittern. Es scheint, daß in München wie in Stuttgart merkwürdiger Weise an demselben Tage das Studium der norddeutschen Verfassung und der etwa bei einem Eintritt zu fordernden Ratificationen oder Exemptionen begann. Acht Tage nach der Gefangennehmung des Kaisers waren diese Untersuchungen im besten Gange. Natürlich kam man mit ihnen in Stuttgart rascher aus der Stelle wie in München, und es dauerte nicht lange, so begab sich der württembergische Kriegsminister ins preußische Hauptquartier, offenbar nicht nur, um einen Orden zu überbringen. Sie und da verlautete über den Wechsel der Stuttgarter Intentionen höchst erfreuliches. Von König und Ministern wurden die preiswürdigsten Aeußerungen berichtet.

Sehr anders lagen die Dinge in München. Auch der beste Wille und die fähigste Entschlossenheit hätte dort erhebliche sachliche Schwierigkeiten nicht alsbald aus dem Wege räumen können. Wie es mit dem Willen der maßgebenden Persönlichkeiten bestellt gewesen, darüber erlaube ich mir keine Muthmaßung; Alles aber, was seit Wochen aus zuverlässiger Quelle bekannt geworden ist, gestattet leider keinen Zweifel daran, daß die staatsmännische Fähigkeit in dem heutigen bayerischen Ministerium nicht auf der Höhe der Situation steht. Man hat kostbare Wochen mit Aufstellung unmöglicher Projecte vergeudet und durch die ganze Behandlung der Angelegenheit bewiesen, daß der Kern der politischen Aufgabe nicht erkannt ist.

Die Sendung des Staatsministers Delbrück nach München hat den



schlagenden Beweis geliefert, daß in der süddeutschen Politik des Grafen Bismarck auch noch am 20. September die Rücksicht auf Bayern das oberste Gesetz war. In dieser Disposition Preußens, in der gesammten hundertfach bewiesenen Stimmung des Nordens mußte Bayern die wahre Garantie seiner Zukunft erblicken. Es mußte erkennen, daß unter diesen Umständen jede mögliche Concession an den bayerischen Particularismus, mehr noch thatsächlich als in den Buchstaben eines Vertrags, werde gewährt werden; es mußte aus der vierjährigen eigenen und sächsischen Erfahrung die völlige Beruhigung über die preussische Loyalität schöpfen und die Einsicht gewinnen, daß die vernünftige bayerische Selbständigkeit keinen besseren Freund habe, als Graf Bismarck, wobei allerdings nicht übersehen werden durfte, daß auch die Freundschaft des Grafen ihre Grenze habe und daß, wenn ihn Bayern an dieselbe dränge, die ganze Situation sich plötzlich in eine ebenso ungünstige verwandeln könne, als sie seit vier Jahren günstig gewesen.

Wenn wir über den Verlauf der Münchener Besprechungen nicht ganz falsch berichtet sind, so haben die bayerischen Minister entweder diese Lage der Dinge nicht erkannt, oder ihrer Einsicht keine praktische Haltung zu verschaffen vermocht. Sie haben gemeint, den Eintritt Bayerns an Bedingungen knüpfen zu müssen, deren Gewährung das ganze 1866 geschaffene Werk umgestoßen, uns einigermaßen in die Confusion des Bundestages zurückversetzt haben würde. Sollte selbst, was jedoch unglaublich ist, der Bundeskanzler auf derartige Prätenstionen einzugehen Willens sein, so würden sie nichtsdestoweniger an anderen Mächten scheitern, vor Allem an der Macht der großen Wirklichkeit deutschen Lebens, wie sie in diesen Monaten geboren ist. Das deutsche Volk kann sich seine einzigen kriegerischen Erfolge nicht durch eine eigensinnige oder beschränkte Politik verkümmern lassen, der von ferne kein irgendwie berechtigtes bayerisches Sonderinteresse zu Grunde liegt, sondern unklare Reminiscenzen für immer vergangener Zeiten und das Unvermögen, die ungeheure Tragweite der Ereignisse des vergangenen Sommers zu bemessen. Denn über die wahre Lage und das wahre Bedürfnis Bayerns kann in der That kein Zweifel bestehen. In dem Augenblicke, wo sich Preußen genöthigt sieht das deutsche Interesse gegen die bayerischen Hoffnungen zu wahren und den natürlichen Lauf der Dinge gewähren zu lassen, sieht sich Bayern in die peinlichste Verlegenheit versetzt. Minister Delbrück ist auf den Wunsch der bayerischen Regierung nach München gegangen, um zunächst und vor Allem den bayerischen Standpunkt zur Geltung kommen zu lassen. Da derselbe in dem Augenblicke, wo der Wunsch Bayerns geäußert wurde, sich im Hauptquartier befand, hätte es sehr nahe gelegen, die Reise nach München über Karlsruhe und Stuttgart zu machen. In Karlsruhe wäre der norddeutsche Staatsmann sicher nicht lange und in Stuttgart



wahrscheinlich auch nicht zu lange aufgehalten worden. Was blieb den bairischen Ministern übrig, wenn er ihnen die Eröffnung machte, mit Baden und Stuttgart sei der Abschluß erfolgt? Daß Minister Delbrück statt dessen den weiten Umweg über Berlin machte, war eine Huldigung vor der Freiheit der bairischen Entschlüssen, die nicht größer gedacht werden kann. Aber man war, scheint es, in München dermaßen durch Preußen verwöhnt, daß man aus diesem letzteren Beweis von Freundlichkeit verkehrte Folgerungen zog.

Die Zukunft, der die Geschichte dieser Verhältnisse actenmäßig vorliegt, wird sicher das Urtheil fällen, daß niemals ein mächtiger Staat gegen einen minder mächtigen, der ihm überdies zwanzig Jahre hindurch jede erdenkbare Verlegenheit bereitet hatte, der ihm eben mit den Waffen entgegengetreten war, rücksichtsvoller, großmüthiger gehandelt hat als Preußen seit 1866 gegen Bayern. Wir dürfen uns der Erwartung hingeben, daß im bairischen Volke das gebührend gewürdigt wird, wenn es auch diejenigen, welche zur Leitung desselben berufen sind, zu verkennen scheinen. Was aber das Ganze der süddeutschen Frage angeht, so sehen wir der Zukunft mit voller Beruhigung entgegen. So argwöhnisch uns auch die Vergangenheit umzuschauen gelehrt hat, wir entdecken nirgends die Kräfte, welche die nothwendige Vollendung des deutschen Verfassungsbaues von dieser Seite zu hemmen vermöchten, wohl aber die reichsten und tüchtigsten, welche ungeduldig den Augenblick erwarten, dem langen Auferstehungsprozeß der deutschen Nation die Krone aufsetzen zu dürfen. Die süddeutsche Frage ist in demselben Augenblick gelöst wo Preußen nicht etwa sein gewaltiges Uebergewicht in München fühlen läßt, sondern lediglich aufhört, den Gang des übrigen Südens zu Gunsten Bayerns zu hindern. Dieser Augenblick ist entweder nahe, oder die bereiten Theile des Südens müssen den Entschluß fassen, mit eigener Kraft die lange versperrte Bahn zu öffnen.

### Asple für invalide Krieger.

Die nationale Sorge für die Opfer des Krieges und deren Angehörige, welche die durch den Kronprinzen von Preußen angeregte Stiftung zum Theil übernehmen soll, veranlaßt uns, an eine Denkschrift zu erinnern, welche Herr Fr. Wilh. Toussaint, Königl. Feldmesser in Görlitz, nach dem Kriege von 1866 verfaßte und dem Kronprinzen einreichte. Dieselbe wurde auf Anregung des Kriegsministers v. Moos im Jahre 1867 in No. 70 des Militärwochenblattes veröffentlicht.